

NOMOSLEHRBUCH

Bieber | Epiney | Haag | Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

16. Auflage



Nomos



Helbing
Lichtenhahn

NOMOSLEHRBUCH

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber | Prof. Dr. Astrid Epiney
Marcel Haag | Prof. Dr. Markus Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

16. Auflage

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber, Universität Lausanne | **Prof. Dr. Astrid Epiney**,
Universität Fribourg | **Marcel Haag**, Europäische Kommission, Brüssel | **Prof.**
Dr. Markus Kotzur, Universität Hamburg



Nomos



**Helbing
Lichtenhahn**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1477-4 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, Print)

ISBN 978-3-7489-2013-7 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, ePDF)

ISBN 978-3-7190-4827-3 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

16. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur sechzehnten Auflage

Die Europäische Union bildet eine freiwillig geschaffene noch immer einzigartige gemeinsame Rechtsordnung europäischer Völker. Die im Jahre 2024 sichtbaren Krisen und weltpolitischen Veränderungen belegen die Bedeutung gemeinsamen Handelns, um Frieden, Wohlstand, Sicherheit und die Grundlagen zukünftigen Lebens zu sichern. Gemeinsames Regieren auf der Grundlage des Rechts, das gemeinsamen Werten verpflichtet ist, bildet eine bewusste Alternative zum Egoismus des isoliert handelnden Nationalstaats und erst recht zur Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker durch Aggression und Rechtsbruch. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine steht im Kontrast zum Selbstverständnis der Union als einer auf Demokratie und Recht gegründeten, Frieden stiftenden und bewahrenden Organisation und stellt ihr die fortwährende Aufgabe, dieses Selbstverständnis zu beweisen und zum Schutz ihrer Bürger beizutragen (vgl. Art. 3 EUV).

Die trotz der nötigen Kompromisse auf Dauer größere Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Handelns und sein Potential für zwischenstaatliche Konfliktminderung gilt jedoch trotz zahlreicher Wünsche zur Aufnahme in die Union nicht als selbstverständlich. Zum einen sinkt der Einfluss der Union auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen und auf die globalen Herausforderungen, wie zum Beispiel den Klimawandel. Zum anderen illustriert das im Jahre 2020 wirksam gewordene Ausscheiden Großbritanniens aus der Union die Zweifel an dem Nutzen der seit über sechzig Jahren bestehenden gemeinsamen Rechtsordnung und die weiter reichenden Tendenzen, sich den gemeinsam eingegangenen Pflichten zu entziehen. Erstmals wurde 2017 gegen einen Mitgliedstaat ein Verfahren zur Feststellung der „eindeutigen Gefahr“ einer schwerwiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte eingeleitet. In die Reihe der Infragestellungen des gemeinsamen Rechts gehört auch das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5.5.2020 mit seiner Behauptung, eine bestimmte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sei „objektiv willkürlich“ und daher für Deutschland nicht bindend.

Die sechzehnte Auflage des bewährten Lehrbuchs spiegelt die jüngsten Entwicklungen im Inneren wie im Äußeren der Union. Sie wurde umfassend überarbeitet, um die bis zum Sommer 2024 ergangene neueste Gesetzgebung und Rechtsprechung und die veränderten Existenzbedingungen der Union zu berücksichtigen.

In vierzig Kapiteln wird die politische und rechtliche Eigenart der Union in einer Gesamtschau auf Verträge, institutionelle Praxis sowie deren Wirkung in den Mitgliedstaaten und im internationalen Bereich erschlossen. Die wesentlichen Strukturen und Aktionsfelder der Europäischen Union werden präzise und auf dem neuesten Stand dargestellt und kritisch analysiert (u.a. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungspolitik, Asyl- und Einwanderungsrecht, Umwelt, Außenbeziehungen). Gleichermaßen Berücksichtigung erfahren dabei die vertraglichen Quellen in der Fassung des Vertrags von Lissabon, die späteren Ergänzungsverträge (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus) sowie die umfassende Ausführungsgesetzgebung und die Rechtsprechung.

Der Integrationsprozess steht vor der Notwendigkeit, neue Formen zu finden und Krisen zu bewältigen, die an seinem Beginn nicht vorhergesehen wurden. Dies gilt insbesondere für die Bedrohungen der Lebensbedingungen, aber auch für eine Reihe weiterer Herausforderungen (wie die Migration nach Europa, den Klimawandel oder

militärische Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft). Hinzu kommen die Anfälligkeit des internationalen Währungssystems und der öffentlichen Finanzen im Inneren der Union. Die Notwendigkeit gemeinsamen solidarischen Handelns ist nicht geringer geworden. Doch zeigen sich Schwächen der geltenden vertraglichen Regeln. Auch begünstigen Mängel der Kommunikation zwischen den Bürgern und den gemeinsamen Organen der Union und eine geringe Bereitschaft der staatlichen Regierungen, Verantwortung für ihr Handeln im Rat der Union zu übernehmen, die Entfremdung der Bürger von der Union. In diesem Umfeld wird es großer Anstrengungen aller politisch Verantwortlichen bedürfen, um den Wert der gemeinsamen Rechtsordnung zu bewahren und zu entwickeln.

Unser Buch soll zur Verbreitung zuverlässiger Informationen über das gemeinsame Regieren in der Union beitragen und gleichzeitig eine Vertiefung offener Rechtsfragen ermöglichen. Zu diesem Zweck legen wir Wert auf die Angabe genauer Quellen, die nach Möglichkeit amtliche Fundstellen nachweisen. Die seit Oktober 2023 wirksame neue Quellenangabe des Amtsblatts der Union wird berücksichtigt. Auch die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2024 werden hier dargestellt.

Das Buch bildet eine Gemeinschaftsarbeit. Die Kooperation mehrerer Autoren gewährleistet, dass der immer komplexer werdende Stoff gleichmäßig durchdrungen und dargestellt wird. Auch können vielfältige Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden.

Im Einzelnen verfassten die Autoren folgende Paragraphen:

Roland Bieber: 7, 19, 26, 27.

Astrid Epiney: 2 A und C, 8, 9, 10, 11, 12, 20, 25, 30, 34, 35.

Marcel Haag: 2 B, 4, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 24, 33, 36, 37.

Markus Kotzur: 1, 3, 5, 6, 28, 29, 31, 32, 38, 39, 40.

(Die Beiträge von Marcel Haag sind nur ihm persönlich zuzurechnen. Sie bringen in keiner Weise die Meinung der Europäischen Kommission zum Ausdruck.)

August 2024

Roland Bieber
Bonn/Lausanne

Astrid Epiney
Fribourg

Marcel Haag
Brüssel

Markus Kotzur
Hamburg

Inhaltsübersicht

Vorwort zur sechzehnten Auflage	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	29
Teil A Grundlagen	37
§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	37
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	57
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	109
§ 4 Institutionelles System	144
§ 5 Finanzverfassung	195
§ 6 Rechtsquellen	213
§ 7 Rechtsetzungsverfahren	240
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	262
§ 9 Rechtsschutzsystem	279
Teil B Grundfreiheiten	342
§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	342
§ 11 Freier Warenverkehr	363
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	396
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	423
§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	436
Teil C Politikbereiche	446
§ 15 Wettbewerbspolitik	446
§ 16 Staatliche Beihilfen	475
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	490
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	504
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	510
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	521
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	541
§ 22 Steuerrecht	548
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	560
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	566
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	582
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	610
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	622
§ 28 Energiepolitik	636
§ 29 Industrie	648
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	654

Inhaltsübersicht

§ 31	Forschung, Technologie und Raumfahrt	662
§ 32	Bildung, Kultur und Sport	668
§ 33	Telekommunikation, Datenschutz und Datenwirtschaft	677
§ 34	Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	686
§ 35	Umwelt und Klima	707
Teil D	Außenbeziehungen	732
§ 36	Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	732
§ 37	Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	748
§ 38	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	767
§ 39	Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	780
Teil E	Perspektiven	793
§ 40	Ausblick	793
	Quellen- und Literaturhinweise	811
	Stichwortverzeichnis	815

Inhalt

Vorwort zur sechzehnten Auflage 5

Abkürzungsverzeichnis 29

Teil A Grundlagen

§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration 37

A. Überblick 37

B. Zum Entstehen der Europäischen Idee 39

I. Der Europagedanke und seine Verwirklichung bis 1914 39

II. Anstöße zur Einigung Europas nach 1914 40

C. Zur Entwicklung der Europäischen Union 41

I. Die Gründungsverträge und ihre Vertiefung 41

II. Die Entwicklung der EG-Verträge zur Verfassung der Europäischen Union 43

III. Die Europäische Union als Verfassungsordnung und der Vertrag von Lissabon 46

IV. Krisensteuerung in der „post-Lissabon Phase“ 47

V. Neuartige Formen der Integration (verstärkte Zusammenarbeit, „Schengen“, „Prüm“) 49

VI. Erweiterungen 50

VII. Die Union als internationaler Akteur 51

D. Integrationstheorien 52

I. Politikwissenschaft 52

II. Rechtswissenschaft 53

III. Ökonomie 54

IV. Geschichtswissenschaft und Soziologie 55

E. Zusammenfassung 55

F. Literatur 55

§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten 57

A. Vorbemerkungen 57

B. Die Bürgerinnen und Bürger 58

I. Die Rechte der Bürger 59

1. Grundrechte 59

a) Grundlagen 59

b) Umfang und Reichweite des Grundrechtsschutzes 60

aa) Rechtsgrundlagen 60

bb) Die Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze 61

cc) Grundrechtsträger 61

dd) Grundrechtsadressaten 62

ee) Rang und Wirkungen 63

c) Verhältnis zur EMRK 64

2. Grundfreiheiten 65

3.	Unionsbürgerschaft	65
a)	Grundlagen	65
b)	Begriff der Unionsbürgerschaft	66
c)	Die Unionsbürgerrechte im Einzelnen	68
aa)	Das allgemeine Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit	68
bb)	Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum EP	70
cc)	Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	73
dd)	Bürgerinitiativrecht	74
ee)	Petitionsrecht zum EP	75
ff)	Recht zur Anrufung von Einrichtungen der EU	75
gg)	Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten	76
II.	Die Pflichten der Bürger	77
C.	Die Mitgliedstaaten	78
I.	Pflichten der Union: die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und die Einbindung der nationalen Parlamente	79
1.	Achtung der Mitgliedstaaten, insbesondere der nationalen Identität (Art. 4 Abs. 2 EUV)	80
2.	Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EUV)	83
3.	Zur Rolle der nationalen Parlamente	84
II.	Pflichten der Mitgliedstaaten	86
1.	Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	86
2.	Achtung fundamentaler Grundsätze durch die Mitgliedstaaten	87
3.	Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	92
III.	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	96
1.	Deutschland	97
2.	Österreich	103
3.	Zu den übrigen Mitgliedstaaten	104
D.	Literatur	105
I.	Grundrechte	105
II.	Unionsbürgerschaft	105
III.	Souveränität und Föderalismus	106
IV.	„Homogenität“ in der EU, nationale Identität, Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und Rolle der nationalen Parlamente	106
V.	Staatshaftung	107
VI.	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	108
§ 3	Strukturprinzipien der EU-Verfassung	109
A.	Verfassungsqualität – Verfassungsgrundlagen	109
B.	Ziele	112
C.	Wirtschafts- und Sozialverfassung	114
D.	Die Wertordnung der Union	115
I.	Grundlagen	115
II.	Das Demokratieprinzip	118

III. Das Rechtsstaatsprinzip	120
IV. Solidarität	121
E. Die Aufteilung der Zuständigkeiten	123
I. Grundsätze	123
II. Gesetzgebung und Außenbeziehungen	125
III. Modalitäten der Zuständigkeitsausübung	127
F. Das Verhältnis zwischen dem Recht der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten	129
G. Zugehörigkeit zur Union (Beitritt und Ausscheiden)	134
H. Einheit und Differenzierung	135
I. Rechtspersönlichkeit	138
J. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Union	139
K. Symbole der Union	140
L. Zusammenfassung	141
M. Literatur	142
§ 4 Institutionelles System	144
A. Grundlagen	144
I. Quellen und Terminologie	144
II. Die besonderen Merkmale des institutionellen Systems der EU	144
1. Grundzüge	144
2. Prinzipien der Zusammensetzung	145
a) Auswahl der Mitglieder	145
b) Größe der Organe	146
3. Befugnisse der Organe	146
a) Grundlagen	146
b) Schranken	147
4. Pflichten der Organe	148
a) Wahrung der Funktionsfähigkeit (Identität und Kooperation)	148
b) Effiziente Erfüllung der Aufgaben	148
c) „Institutionelles Gleichgewicht“	149
III. Organhandeln im Rahmen besonderer Zuständigkeiten	149
1. Verstärkte Zusammenarbeit	149
2. Sonstiges Organhandeln außerhalb der vertraglichen Befugnisse	150
B. Die institutionelle Struktur	150
I. Die Hauptorgane	150
1. Europäisches Parlament (EP)	150
a) Vorbemerkung	150
b) Aufgaben	150
aa) Überblick	150
bb) Beratungsbefugnis	150
cc) Rechtsetzung	151
dd) Kontrolle	151
ee) Ernennungen/ Wahlrechte	153
ff) (Mit-)Gestaltung der EU-Außenbeziehungen	153
gg) Repräsentativfunktion	154
c) Zusammensetzung	154

d)	Organisation und Arbeitsweise	156
aa)	Selbstorganisationsrecht	156
bb)	Statut der Abgeordneten	156
cc)	Ausschüsse	157
dd)	Fraktionen und Europäische Parteien	157
e)	Interparlamentarische Beziehungen	159
aa)	Parlamente der Mitgliedstaaten	159
bb)	Parlamente von Drittstaaten	160
f)	Verwaltung	160
2.	Europäischer Rat	160
a)	Einleitung	160
b)	Zusammensetzung und Verfahren	161
c)	Aufgaben	161
3.	Rat	162
a)	Aufgaben	162
aa)	Rechtsetzung	162
bb)	Initiativrecht	162
cc)	Exekutivaufgaben	162
dd)	Ernennungen	163
ee)	Kontrolle	163
ff)	Rückkopplungsfunktion	164
b)	Zusammensetzung	165
c)	Organisation und Arbeitsweise	165
aa)	Geschäftsordnung/Interne Organisation	165
bb)	Abstimmungsgrundsätze	166
cc)	Ausschuss der Ständigen Vertreter; Politisches Komitee, Koordinierungsausschuss	168
d)	Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	169
e)	Im Rat vereinigte Vertreter der Mitgliedstaaten	169
f)	Entscheidungsorgane in Verträgen mit Drittstaaten	169
4.	Kommission	169
a)	Vorbemerkung	169
b)	Aufgaben	170
aa)	Initiativrecht	170
bb)	Rechtsetzung	170
cc)	Rechtsanwendung und Verwaltungstätigkeit	171
dd)	Kontrolle der Einhaltung des EU-Rechts	171
c)	Zusammensetzung	172
d)	Organisation und Arbeitsweise	173
aa)	Selbstorganisationsrecht	173
bb)	Willensbildung	174
5.	Europäischer Gerichtshof, Gericht, Fachgerichte	174
a)	Einleitung	174
b)	Zuständigkeiten des EuGH	175
aa)	Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten	175
bb)	Streitigkeiten zwischen EU und Mitgliedstaaten	175

cc)	Streitigkeiten zwischen den Organen und sonstigen Einrichtungen	175
dd)	Streitigkeiten zwischen Einzelnen und der EU	176
ee)	Vorabentscheidungen	176
ff)	Entscheidungen über Rechtsmittel	176
gg)	Sonstige Zuständigkeiten und Aufgaben	176
c)	Zusammensetzung des EuGH, des Gerichts und der Fachgerichte	177
aa)	EuGH	177
bb)	Gericht	177
cc)	Fachgerichte	177
d)	Arbeitsweise	178
aa)	EuGH	178
bb)	Gericht und Fachgerichte	178
6.	Europäische Zentralbank (EZB), Eurosystem, Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	179
a)	Aufgaben	179
b)	Zusammensetzung, Organisation	179
7.	Rechnungshof	180
a)	Aufgaben	180
b)	Zusammensetzung, Arbeitsweise	180
II.	Die Nebenorgane	181
1.	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)	181
a)	Zuständigkeiten	181
b)	Zusammensetzung, Organisation	181
2.	Ausschuss der Regionen (AdR)	182
a)	Zuständigkeiten	182
b)	Zusammensetzung, Organisation	182
III.	Einrichtungen mit besonderen Aufgaben	183
1.	Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds	183
a)	Zuständigkeiten	183
b)	Organisation	183
2.	Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter und Europäische Staatsanwaltschaft	184
3.	Ausgegliederte Dienststellen der Organe	185
4.	Vertraglich vorgesehene angegliederte juristische Personen	185
5.	Sekundärrechtlich begründete selbstständige juristische Personen, Agenturen	186
6.	Beratungs- und Hilfeinrichtungen der Kommission (Ausschüsse)	188
a)	Beratende Ausschüsse	188
b)	Kontrollierende Ausschüsse	188
7.	Mit der Union verbundene gemeinsame Einrichtungen	188
IV.	Statut der Mitglieder und Bediensteten, Arbeitsorte, Sprachen	189
1.	Statut der Mitglieder und Bediensteten	189
2.	Arbeitsorte	190
3.	Sprachen	191
C. Literatur		192
I.	Institutionen allgemein	192
II.	Europäisches Parlament, Europäische Parteien, staatliche Parlamente	192

III. Rat / Europäischer Rat	192
IV. Kommission	193
V. Gerichtshof / Gericht	193
VI. Kontrolleinrichtungen (Rechnungshof, Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter)	193
VII. EWSA, Ausschuss der Regionen	193
VIII. EZB, Europäische Investitionsbank	194
IX. Sonstige Einrichtungen, Agenturen, Einzelfragen des Organisationsrechts	194
§ 5 Finanzverfassung	195
A. Einleitung	195
B. Rechtsgrundlagen	196
C. Haushaltsplan und mehrjähriger Finanzrahmen	197
I. Überblick	197
II. Haushaltsgrundsätze	198
1. Euro und Rechnungseinheit	198
2. Haushaltsprinzipien	199
D. Einnahmen	200
I. Beiträge	200
II. Eigenmittel	200
III. Anleihen	203
IV. Korrekturmechanismus	205
E. Ausgaben	205
F. Haushalte 2023 und 2024	207
G. Ausführung des Haushaltsplans	208
H. Betrugsbekämpfung	210
I. Haushaltskontrolle	210
J. Ausblick	211
K. Literatur	211
§ 6 Rechtsquellen	213
A. Grundlagen	213
B. System des Unionsrechts	215
I. Primäres Unionsrecht	215
1. Gründungsverträge und Änderungen	215
2. Beitritts- und Austrittsverträge	216
3. Sonstige Vorschriften	216
II. Vertragskonkurrenz	217
III. Ungeschriebenes Primärrecht	217
IV. Die Rechtshandlungen der Organe	220
1. Überblick	220
2. Verordnungen	221
3. Richtlinien	222
4. Beschlüsse	225
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	226
6. Sonstige Rechtshandlungen	227

V.	Rechtsakte der Gesamtheit der Mitgliedstaaten	229
1.	Zuordnung	229
2.	Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	229
3.	Übereinkommen europäischen Charakters	230
VI.	Normenhierarchie	230
C.	Wirkung des Unionsrechts	232
I.	Überblick	232
II.	Wirkung des Primärrechts	233
III.	Wirkung des abgeleiteten Unionsrechts	234
IV.	Die unmittelbare Wirkung im Verhältnis zwischen Privatpersonen („Drittwirkung“ des Unionsrechts)	236
D.	Übergangsregelung für besondere Rechtsakte der GASP und der PJZS	238
E.	Zusammenfassung	239
F.	Literatur	239
§ 7	Rechtsetzungsverfahren	240
A.	Grundzüge	240
B.	Rechtsetzung zur Ausführung der Verträge	241
I.	Überblick	241
II.	Inhaltliche Vorgaben	241
III.	Rechtsgrundlage	241
IV.	Initiativrechte	242
V.	Anhörungen	243
1.	Anhörungen des EP	243
2.	Anhörung sonstiger Organe und Hilfsorgane	244
3.	Anhörung der mitgliedstaatlichen Parlamente	244
4.	Experten und staatliche Beamte, Sozialpartner	244
VI.	Beschlussfassung	245
1.	Überblick	245
2.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	245
3.	Besondere Verfahren	247
a)	Überblick	247
b)	Verfahren der Zustimmung	247
c)	Besondere haushaltsrechtliche Verfahren	248
4.	Verfahren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	249
5.	Verfahren zum Erlass delegierter Rechtsakte und von Durchführungsrecht	250
a)	Delegierte Rechtsakte	250
b)	Durchführungsrecht	251
C.	Allgemeine verfassungsrechtliche Verfahren	252
I.	Vertragsänderung gemäß dem ordentlichen Verfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	252
II.	Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6, 7 EUV)	253
III.	Beitritt neuer Mitgliedstaaten	254
D.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten, „Verstärkte Zusammenarbeit“, Austritt aus der Union (besondere verfassungsrechtliche Verfahren)	254
I.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	254

II. Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	255
III. Austritt	256
E. Form und Inkrafttreten von Rechtsakten	257
I. Normenqualität, Gesetzgebungstechnik	257
II. Begründung der Akte	258
III. Öffentlichkeit der Rechtsetzungsverfahren, Veröffentlichung und Inkrafttreten der Rechtsakte, zeitliche Wirkung	258
IV. Sprachen	259
V. Änderung oder Berichtigung der Rechtsakte	259
F. Ausblick	260
G. Literatur	260
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	262
A. Grundlagen und Überblick	262
B. Direkter Vollzug	265
C. Indirekter Vollzug	267
D. Gemischter Vollzug	277
E. Literatur	277
§ 9 Rechtsschutzsystem	279
A. Grundlagen	279
B. Strukturmerkmale des Rechtsschutzes in der EU und der Rechtsprechung des EuGH	280
I. Zuständigkeiten, Charakteristika und Funktionen des EuGH	280
II. Bedeutung des EuGH für die Entwicklung des Unionsrechts	282
III. Die Rolle der staatlichen Gerichte	283
IV. Auslegung des Unionsrechts	285
1. Grundlagen	285
2. Auslegungsmethoden	286
a) Wortlaut	286
b) Historische Auslegung	287
c) Systematische Auslegung	287
d) Teleologische Auslegung	288
e) Präjudizien als Auslegungsgrundsätze	289
C. Verfahrensarten	290
I. Überblick	290
II. Vertragsverletzungsverfahren	291
1. Zulässigkeit	291
2. Begründetheit	294
3. Wirkungen des Urteils	296
4. Verhängung finanzieller Sanktionen	296
III. Nichtigkeitsklage	298
1. Zulässigkeit	299
a) Passivlegitimation	299
b) Klagegegenstand	299
c) Aktivlegitimation	301
aa) Organe und Mitgliedstaaten	301

bb) Natürliche und juristische Personen	301
d) Klagegründe und Frist	307
2. Begründetheit	308
3. Wirkungen des Urteils	308
IV. Untätigkeitsklage	309
1. Zulässigkeit	309
2. Begründetheit und Wirkungen des Urteils	311
V. Inzidentes Normenkontrollverfahren	311
VI. Schadensersatzklage	312
1. Zulässigkeit	313
2. Begründetheit	314
VII. Gutachten	318
VIII. Vorabentscheidungsverfahren	318
1. Zulässigkeit der Vorlage	321
a) Die vorlageberechtigten und -verpflichteten Spruchkörper	321
b) Gegenstand der Vorlage	324
c) Erforderlichkeit der Vorlage	327
2. Wirkung der Urteile des EuGH	331
D. Der Ablauf des Verfahrens vor dem EuGH und dem EuG – ein Überblick	332
E. Schlussbemerkung: der EuGH als Ort der „strategischen Prozessführung“?	336
F. Literatur	337
I. Auslegung	337
II. Rolle des EuGH	338
III. EuGH – Rechtsschutz und Verfahren allgemein	338
IV. Vorabentscheidungsverfahren	339
V. EuGH – Sonstige Verfahrensarten und -aspekte	340
VI. Verhältnis zu anderen internationalen Gerichtsbarkeiten	340

Teil B Grundfreiheiten

§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	342
A. Grundlagen	342
B. Das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	344
C. Allgemeine Prinzipien der Grundfreiheiten	350
I. Schutzbereich	350
1. Der grenzüberschreitende Bezug	350
2. Fehlende gesetzliche Regelung	352
II. Eingriff	353
III. Rechtfertigung	354
IV. Zur Konvergenz der Grundfreiheiten	356
D. Literatur	360
I. Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	360
II. Dogmatik der Grundfreiheiten	361

§ 11 Freier Warenverkehr	363
A. Überblick	363
B. Anwendungsbereich der Vorschriften	364
C. Zollunion	366
I. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	366
II. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	369
D. Das Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	370
I. Grundlagen	370
II. Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 AEUV)	372
1. Mengenmäßige Beschränkungen	372
2. Maßnahmen gleicher Wirkung	373
3. Rechtfertigung der Beschränkung	382
a) Rechtfertigungsgründe	382
b) Verhältnismäßigkeit	386
4. Prüfungsschema	391
III. Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 35 AEUV)	392
E. Umformung staatlicher Handelsmonopole	393
F. Literatur	395
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	396
A. Überblick	396
B. Anwendungsbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	397
I. In persönlicher Hinsicht	397
II. In sachlicher Hinsicht	402
III. In räumlicher Hinsicht	403
C. Tragweite der Arbeitnehmerfreizügigkeit	403
I. Primärrechtliche Grundlagen	403
1. Tatbestand des Art. 45 AEUV	403
2. Rechtfertigung von Beschränkungen	407
a) Ausdrückliche Schranken	408
b) Ungeschriebene Schranken	410
II. Sekundärrechtliche Präzisierungen und Ausgestaltungen	411
D. Vom freien Personenverkehr zum europäischen Bürgerrecht	420
E. Literatur	421
I. Allgemeines	421
II. Soziale Sicherheit	422
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	423
A. Überblick	423
B. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	423
I. Vertragliche Grundlagen	423
II. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	424
III. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	427
IV. Stand der Marktöffnung	432
C. Literatur	434

§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	436
A. Grundlagen	436
B. Freier Kapitalverkehr	436
I. Die Regelung des AEUV	436
II. Der Stand der Verwirklichung der Kapitalverkehrsfreiheit	439
C. Freier Zahlungsverkehr	440
D. Schaffung eines europäischen Finanzraums	440
I. Wertpapier- und Börsenrecht	442
II. Bankrecht	443
III. Schutz der Verbraucher	443
IV. Versicherungen	444
V. Ausblick	444
E. Literatur	445

Teil C Politikbereiche

§ 15 Wettbewerbspolitik	446
A. Grundlagen	446
B. Der Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln	448
I. Sachlicher Anwendungsbereich	448
1. Landwirtschaft	448
2. Verkehr	448
II. Territorialer Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln	449
III. Das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht	450
C. Das Kartellverbot	452
I. Allgemeines	452
II. Verbotstatbestand (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	452
1. Adressaten des Kartellverbots	452
2. Handlung	452
3. Wettbewerbsbeschränkung	454
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	455
5. Spürbarkeit	455
III. Rechtsfolgen des Kartellverbots (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	456
IV. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	457
1. Voraussetzungen	457
2. Unmittelbare Anwendung	457
3. Gruppenweise Freistellung	458
D. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	459
I. Allgemeines	459
II. Tatbestand des Art. 102 AEUV	459
1. Begriff der beherrschenden Stellung	460
2. Relevanter Markt	460
3. Missbräuchliche Ausnutzung	461
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	463
III. Rechtsfolgen	463

E. Das Verfahren in Kartell- und Missbrauchsfällen	463
I. Verfahren bei der Kommission	463
II. Zusammenarbeit von Behörden und Gerichten	465
F. Fusionskontrolle	466
I. Allgemeines	466
II. Anwendungsbereich	467
III. Materieller Prüfungsmaßstab	468
IV. Fusionskontrollverfahren	469
G. Öffentliche Unternehmen und Unternehmen mit besonderen Rechten	471
H. Literatur	473
§ 16 Staatliche Beihilfen	475
A. Grundlagen	475
B. Das Beihilfeverbot	476
I. Begriff der Beihilfe	477
II. Wettbewerbsverfälschung	479
III. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	480
IV. Spürbarkeit	480
C. Ausnahmen vom Beihilfeverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV)	481
I. Die Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	481
II. Die Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	482
D. Verfahren bei der Überprüfung staatlicher Beihilfen	484
I. Überprüfung von Beihilfen und Beihilferegelungen	484
II. Gruppenfreistellungsverordnungen	487
E. Perspektiven	488
F. Literatur	489
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	490
A. Grundlagen	490
B. Grundsätze und Ziele	491
I. Grundsätze der Rechtsangleichung	491
II. Ziele der Rechtsangleichung	493
C. Rechtsgrundlagen und Methoden	495
I. Handlungsermächtigungen der Union	495
1. Allgemeine Angleichungsermächtigungen (Art. 114–118 AEUV)	495
a) Allgemeine Angleichungsermächtigung für den Binnenmarkt (Art. 114 AEUV)	495
b) Auffangermächtigung (Art. 115 AEUV)	498
c) Beseitigung und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	499
d) Schaffung von Rechtstiteln im Bereich des geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV)	500
2. Sonstige Handlungsermächtigungen	500
II. Vertragsschließungskompetenz der Mitgliedstaaten	501
III. Methoden der Rechtsangleichung	501
D. Literatur	502

§ 18	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	504
A.	Grundlagen	504
B.	Die vertragliche Regelung	504
	I. Sachlicher Anwendungsbereich der Zusammenarbeit	504
	II. Instrumente und Verfahren, Rechtsschutz	505
C.	Stand der Verwirklichung des europäischen Rechtsraums in Zivilsachen	506
D.	Perspektiven	508
E.	Literatur	509
§ 19	Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	510
A.	Grundlagen	510
B.	Entwicklung	511
C.	Verwirklichung der Zusammenarbeit	512
	I. Programme	512
	II. Rechtsetzung	512
	1. Durchsetzung des Rechts der EU und Schutz ihrer finanziellen Interessen	512
	2. Gegenseitige Anerkennung und Angleichung des Strafrechts	513
	III. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit	516
	1. Justizielle Zusammenarbeit (Eurojust, EUStA, Justizielles Netz)	516
	2. Polizeiliche Zusammenarbeit	517
D.	Perspektiven	519
E.	Literatur	519
§ 20	Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	521
A.	Grundlagen	521
	I. Überblick	521
	II. Befugnisse	523
	III. Sonderregelungen für Irland und Dänemark	523
B.	Entwicklung	526
C.	Zum Stand des Sekundärrechts	527
	I. Grenzkontrollen	528
	II. Einwanderung	531
	III. Asylrecht	533
D.	Das Recht der Union unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise 2015	538
E.	Literatur	539
§ 21	Gesellschafts- und Unternehmensrecht	541
A.	Grundlagen	541
B.	Angleichung des Gesellschaftsrechts in den Mitgliedstaaten	541
C.	Einführung europäischer Gesellschaftsformen	543
	I. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	543
	II. Europäische Aktiengesellschaft	544
	III. Die europäische Genossenschaft	545
	IV. Weitere Gesellschaftsformen	545
D.	Unternehmensstruktur und Mitbestimmung der Arbeitnehmer	545
E.	Aktuelle Schwerpunkte	546
F.	Literatur	547

§ 22 Steuerrecht	548
A. Grundlagen	548
B. Das Verbot steuerlicher Diskriminierung	549
I. Verbot diskriminierender innerstaatlicher Abgaben (Art. 110 AEUV)	549
1. Allgemeines	549
2. Tatbestände des Art. 110 AEUV	550
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften des AEUV	552
II. Verbot überhöhter Rückvergütung inländischer Abgaben (Art. 111 und 112 AEUV)	552
C. Harmonisierung der indirekten Steuern	553
I. Allgemeines	553
II. Umsatzsteuern	553
III. Verbrauchsteuern	554
IV. Kapitalverkehrs- und Versicherungssteuern	554
D. Harmonisierung direkter Steuern	555
E. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	557
F. Doppelbesteuerungsabkommen	557
G. EU-Steuern	557
H. Ausblick	558
I. Literatur	558
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	560
A. Grundlagen	560
B. Stand der Harmonisierung	561
I. Patentrecht	561
II. Markenrecht, Musterrecht	563
III. Urheberrecht	564
C. Literatur	565
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	566
A. Einführung	566
B. Allgemeine Wirtschaftspolitik	566
I. Begriff und vertragliche Grundlagen	566
II. Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der WWU	568
III. Einhaltung der Haushaltsdisziplin	569
IV. Gegenseitiger (finanzieller) Beistand	572
V. Außervertragliche Instrumente zur Finanzhilfe	573
C. Währungspolitik	574
I. Vorbemerkung	574
II. Vorgeschichte der Währungsunion	574
III. Rechtsgrundlagen	576
IV. Ausführung der Währungspolitik	578
D. Perspektiven	580
E. Literatur	581
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	582
A. Grundlagen	582

B. Sozialpolitik	583
I. Überblick	583
II. Rechtsgrundlagen	585
III. Stand der Sozialpolitik in der Union	587
1. Die sozialpolitischen Aktionsprogramme	587
2. Zum Stand des Sekundärrechts	589
a) Arbeitsrecht	589
b) Soziale Sicherheit	596
c) Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz	597
d) Bewertung	598
C. Gleichbehandlung von Mann und Frau	598
I. Der Grundsatz des gleichen Entgelts – Art. 157 Abs. 1 AEUV	598
II. Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau	600
III. Konkretisierung und Erweiterung des Gebots der Gleichbehandlung durch Sekundärrecht	601
IV. Zu „positiven Maßnahmen“	604
D. Der Europäische Sozialfonds	604
E. Titel IX AEUV „Beschäftigung“	605
F. Fazit und Perspektiven	606
G. Literatur	607
I. Sozialrecht	607
II. Arbeitsrecht	608
III. Gleichstellung	608
IV. Beschäftigung	609
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	610
A. Grundlagen	610
B. Vertragliche Regelung	611
I. Überblick	611
II. Ziele, Mittel, Methoden	612
III. Marktordnungen	613
C. Anwendung des Vertrages im Bereich Landwirtschaft	614
I. Marktordnungspolitik	614
II. Preissysteme	615
III. Direkte Subventionen und Agrarstrukturpolitik	616
IV. Maßnahmen mit mehrfacher Zielsetzung	617
V. Zulässigkeit staatlicher Regelungen im Agrarbereich	617
D. Fischereipolitik	618
I. Grundlagen	618
II. Vertragsausführung	618
1. Bewirtschaftung der Ressourcen	618
2. Vermarktungs- und Strukturregeln	619
3. Außenbeziehungen	619
E. Probleme und Entwicklungstendenzen von Landwirtschafts- und Fischereipolitik	620
F. Literatur	621

§ 27	Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	622
A.	Grundlagen, Befugnisse	622
B.	Vertragsanwendung allgemein	624
C.	Eisenbahnverkehr	625
D.	Straßenverkehr	626
E.	Binnenschifffahrt	628
F.	Seeverkehr	629
G.	Luftverkehr	630
H.	Transeuropäische Netze	633
I.	Ausblick	634
J.	Literatur	634
§ 28	Energiepolitik	636
A.	Grundlagen	636
B.	Entwicklung	637
C.	Verwirklichung einer EU-Energiepolitik	639
I.	Allgemeine Orientierungen	639
II.	Sektorale Maßnahmen	642
1.	Verbrauchseinsparung und erneuerbare Energiequellen	642
2.	Marktöffnung für Kohlenwasserstoffe und Elektrizität	643
3.	Versorgungssicherheit	644
4.	Kernenergie	645
5.	Zusammenarbeit der staatlichen Energieregulierungsbehörden	645
6.	Internationale Zusammenarbeit	646
D.	Literatur	647
§ 29	Industrie	648
A.	Grundlagen	648
B.	Entwicklung und Maßgaben der Vertragsanwendung	649
C.	Literatur	653
§ 30	Struktur- und Kohäsionspolitik	654
A.	Grundlagen und Befugnisse	654
B.	Anwendung des Vertrages	656
C.	Bewertung	660
D.	Literatur	660
§ 31	Forschung, Technologie und Raumfahrt	662
A.	Grundlagen, Zuständigkeiten	662
B.	Vertragsanwendung	663
C.	Literatur	666
§ 32	Bildung, Kultur und Sport	668
A.	Grundlagen	668
B.	Entwicklung	669
C.	Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Bildung	671
D.	Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Kultur	673

E. Sport	675
F. Literatur	676
§ 33 Telekommunikation, Datenschutz und Datenwirtschaft	677
A. Telekommunikation	677
I. Grundlagen	677
II. Stand der Telekommunikationspolitik	677
1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste	678
2. Telekommunikationsgeräte	680
3. Ergänzende Maßnahmen	680
B. Europäischer Datenschutz, Datenwirtschaft	681
I. Grundlagen	681
II. Vertragsanwendung	681
1. Datenschutz-Grundverordnung	681
2. Bereichsspezifischer Datenschutz	682
3. Datenschutz bei den Organen und Einrichtungen der Union	683
4. Regulierung der Datenwirtschaft	683
C. Literatur	684
I. Telekommunikation	684
II. Datenschutz, Datenwirtschaft	684
§ 34 Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	686
A. Verbraucherschutz	686
I. Grundlagen und Befugnisse	686
1. Rechtsgrundlagen	686
2. Begriffliches	688
3. Entwicklung	689
II. Stand der Verbraucherpolitik	690
1. Planung und finanzielle Unterstützung	690
2. Zum Stand des Sekundärrechts	691
III. Fazit	698
B. Gesundheitswesen	699
I. Grundlagen und Befugnisse	699
II. Durchführung der Gesundheitspolitik der Union	701
III. Fazit	704
C. Literatur	705
I. Verbraucherschutz	705
II. Gesundheitswesen	706
§ 35 Umwelt und Klima	707
A. Grundlagen, Befugnisse	707
I. Rechtsgrundlagen	707
II. Inhaltliche Vorgaben	709
III. Entwicklung	711
B. Zum Stand der Umweltpolitik	712
I. Die umweltpolitischen Aktionsprogramme	712
II. Zum Stand des Sekundärrechts	713
1. Allgemeine Regelungen	713

2. Medienschützendes Umweltrecht	716
3. Schutz vor bestimmten Tätigkeiten oder Stoffen	718
4. Bewirtschaftung und Umweltressourcen	719
5. Klimaschutz	720
C. Verbleibende Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	723
I. Art. 114 Abs. 4–6 AEUV	724
II. Art. 193 AEUV	728
D. Herausforderungen der Umweltpolitik der Union	728
E. Literatur	730

Teil D Außenbeziehungen

§ 36 Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	732
A. Grundzüge	732
B. Stellung der EU im Völkerrecht	734
I. Rechtsfähigkeit der EU	734
II. Beziehungen zu dritten Staaten und internationalen Organisationen – Rechtsgrundlagen	735
III. Völkerrechtliche Pflichten der EU	736
1. Allgemeines Völkerrecht	736
2. Bindungen der Union an Verträge der Mitgliedstaaten	737
C. Die Befugnisse zum Abschluss internationaler Verträge	738
I. Die Vertragsschlusskompetenz der Union	738
1. Umfang der Vertragsschlusskompetenz	738
2. Art der Vertragsschlusskompetenz	739
3. Vertragsschlussverfahren	740
a) Verfahren im EU-Bereich	740
b) Verfahren im EAG-Bereich	743
4. Gemischte Abkommen	743
II. Wirkungen der von der Union geschlossenen Verträge	745
D. Literatur	746
§ 37 Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	748
A. Die gemeinsame Handelspolitik	748
I. Grundlagen	748
1. AEU-Vertrag	748
2. EAG-Vertrag	749
3. Leitlinien und Ziele der Gemeinsamen Handelspolitik	749
II. Umfang der gemeinsamen Handelspolitik	750
1. Gegenständlicher Umfang	750
2. Handelspolitische Befugnisse der Mitgliedstaaten	753
III. Instrumente der gemeinsamen Handelspolitik	753
1. Autonome Maßnahmen	753
2. Vertragliche Handelsbeziehungen	755
3. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Instrumente	756
B. Assoziierung	757
I. Grundlagen	757

II. „Konstitutionelle“ Assoziierung	758
III. Assoziierung gemäß Art. 217 AEUV, 206 EAGV	758
IV. Ausgestaltung der Assoziierungsabkommen	759
C. Entwicklungspolitik	761
I. Grundlagen	761
II. Entwicklungsassoziiierungen und Kooperationsabkommen	763
1. Das AKP-Abkommen	763
2. Sonstige Assoziierungs- und Kooperationsabkommen	764
3. Globale Entwicklungspolitik	764
D. Ausblick	765
E. Literatur	765
I. Außenwirtschaftspolitik	766
II. Entwicklungspolitik	766
§ 38 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	767
A. Grundlagen	767
B. Gegenstand der „Außen- und Sicherheitspolitik“	770
C. Entwicklung	771
D. Vertragsanwendung	772
I. Modalitäten der GASP und institutionelle Regelungen	772
II. Geografische und sektorielle Aktionen	773
III. Restriktive Maßnahmen	775
IV. Abkommen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen	775
V. Militärische Aktionen und Maßnahmen im Rahmen GSVP	776
VI. Positionsbestimmung von EU und ihren Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und bei multilateralen Verhandlungen	777
E. Ausblick	778
F. Literatur	778
§ 39 Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	780
A. Einführung	780
B. Erweiterungen und „Beitrittspartnerschaften“	782
C. Multilaterale Partnerschaften	784
I. Der Europäische Wirtschaftsraum	784
II. Europäischer Luftraum, Verkehrsgemeinschaft	784
III. Europäische Energiegemeinschaft	785
IV. „Mittelmeer-Partnerschaft“	785
D. Besondere bilaterale Beziehungen zu europäischen Staaten und darüber hinaus	786
E. Europäische und internationale Organisationen	790
F. Fazit	791
G. Literatur	792

Teil E Perspektiven

§ 40 Ausblick	793
A. Die Union als Entwicklungsprozess	793
B. Konkretisierung des Europäischen Verfassungsraums, Festigung des unionspezifischen Wertsystems	798
I. Rechtsgemeinschaft als Wertegemeinschaft	798
II. Minderung vertragsinterner Widersprüche	800
III. Erprobung des Modells der „verstärkten Zusammenarbeit“	801
IV. Verbesserung des Systems der Vertragsänderung	802
V. Neubestimmung des Konzepts der Erweiterung	802
C. Internationalisierung	804
D. Quo Vadis, Europa? – Die aktuelle Zukunftsagenda	805
E. Literatur	808
I. Zukunftsfragen im Kontext des Brexits	808
II. Renationalisierung und Integration	809
III. Handels- und Sicherheitspolitik	809
IV. Zukunft der Europäischen Union	809
Quellen- und Literaturhinweise	811
Stichwortverzeichnis	815

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abg.	Abgeordnete(r)
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
a.E.	am Ende
AETR	Accord européen sur les Transports Routiers (Europäisches Übereinkommen über die Arbeit der im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen; Aktiengesellschaft
AJDA	Actualités Juridiques de Droit Administratif
AJIL	American Journal of International Law
AKP-Staaten	Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (Mitgliedstaaten des Cotonou-Abkommens)
AktG	Aktiengesetz
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Art.	Artikel
AstV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BALM	Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnungen
BAnz.	Bundesanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Benelux	Belgien, Niederlande, Luxemburg
B	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKartA	Bundeskartellamt
BNE	Bruttonationaleinkommen
BReg.	Bundesregierung
BT	Deutscher Bundestag
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages

Buchst.	Buchstabe
Bull.EU	Bulletin der Europäischen Union
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
CDE	Cahiers de droit européen
CEMT	Conférence Européenne des Ministres de Transport (Europäische Verkehrsministerkonferenz)
CEN	Comité Européen de Normalisation (Europäisches Komitee für Normung)
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electronique (Europäisches Komitee für Elektrotechnische Normung)
CEPT	Conférence européenne des administrations des postes et des télécommunications (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation)
CMLR	Common Market Law Review
COREPER	Comité des Représentants Permanents des Etats Membres (s. AstV)
COSME	Programme for the Competitiveness of Enterprises and small and medium-sized enterprises (Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen)
COST	Coopération européenne dans le domaine de la Recherche Scientifique et Technique (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung)
CREST	Comité de la Recherche Scientifique et Technique (Ausschuss für wissenschaftliche und technische Forschung)
DAX	Deutscher Aktienindex
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dok.	Dokument
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DWA	Direktwahlakt
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Entscheidung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EBLR	European Business Law Review
ECE	Economic Commission for Europe
ECLR	European Constitutional Law Review
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EELR	European Energy and Environmental Law Review

EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFTA	Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EJIL	European Journal of International Law
ELJ	European Law Journal
ELNI	Environmental Law Network International
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechts-Konvention
endg.	endgültig
ENISA	Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht, 12 Bde., 2. Aufl., Baden-Baden 2021/22
EP	Europäisches Parlament
EPL	European Public Law
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ERIC	European Research Infrastructure Consortium
Erl.	Erläuterungen
ESA	European Space Agency (Europäische Weltraumorganisation)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EuG	Gericht (1. Instanz) der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstand- und Vollstreckungs-Übereinkommen
EuR	Europarecht
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUR-Lex	Online-Portal zum EU-Recht des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union
EURONET	Europäisches Informations- und Datenübertragungsnetz
EuRUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EuV	Europäischer Verein
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum